FileNr:68|id:A50571983|date:2011-11-26|source:SZ|title:Unser inneres Bruessel

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

Was stellt die endlos quaelende Staatsschuldenkrise eigentlich mit uns, den Buergern Europas, an soweit wir uns ueberhaupt als solche fuehlen, und nicht nur als Deutsche, Italiener oder Griechen? Denn im Prozess der europaeischen Integration zu immer mehr Demokratie sollen wir ja zunehmend beides sein, nationale Staatsbuerger und europaeische Unionsbuerger. Das verlangt Juergen Habermas, nicht zum ersten Mal, in seiner gerade im Suhrkamp Verlag herausgekommenen Schrift „Zur Verfassung Europas“: „Auf der europaeischen Ebene soll der Buerger gleichzeitig und gleichgewichtig sowohl als Unionsbuerger wie auch als Angehoeriger eines Staatsvolkes sein Urteil bilden und politisch entscheiden koennen.

Jede Buergerin nimmt an den europaeischen Meinungs- und Willensbildungsprozessen sowohl als einzelne autonom ,ja und ,nein sagende Europaeerin wie als Angehoerige einer bestimmten Nation teil.“ So die Forderung fuer einen Verfassungsbildungsprozess, der sich nach der optimistischen Erwartung von Habermas seine Buerger erst schaffen muss, aber auch wird. Dass es dabei zu Problemen kommen kann, uebersieht der Philosoph keineswegs: „Was innerhalb eines Nationalstaates als eine Gemeinwohlorientierung zaehlt, verwandelt sich auf der europaeischen Ebene in eine partikulare, auf das eigene Volk beschraenkte Interessenverallgemeinerung, die mit jener europaweiten, in ihrer Rolle als Unionsbuerger erwarteten Interessenverallgemeinerung in Konflikt geraten kann.“

Geheilt werden soll dieser Konflikt durch eine demokratisch hoeher integrierte Verfassung (im Klartext geht es um ein den Regierungen gleichberechtigtes Parlament), die es den Buergern erlauben soll, ihre beiden „Rollenaspekte“ ausgewogen zu verwirklichen. Am Ende bildet dann jedes demokratische Subjekt sein eigenes inneres Bruessel oder Strassburg aus, in dem wohlabgewogene Entscheidungen zwischen nationalem Interesse und europaeischer Solidaritaet getroffen werden etwa bei europaeischen Wahlen und gestuetzt durch einen auf ganz Europa aufmerksamen Medienkonsum. Dieser „Lernprozess“ fuehrt idealerweise zu einer erweiterten Buergersolidaritaet, die auch die Angehoerigen der jeweils anderen europaeischen Nationen einschliessen kann, „aus deutscher Sicht beispielsweise die Griechen, wenn diese international erzwungenen und sozial unausgewogenen Sparprogrammen unterworfen werden“. Fairerweise muss man gleich mit erwaehnen, dass auch Habermas diese erweiterte Buergersolidaritaet „abstrakter, also vergleichsweise weniger belastungsfaehig“ nennt. Und so will er die Nationalstaaten auch nicht abschaffen: Diese seien mehr als nur die Verkoerperung bewahrenswerter nationaler Kulturen; „sie buergen fuer ein Niveau an Gerechtigkeit und Freiheit, das die Buerger zu Recht erhalten sehen wollen.“ Hier fragt man sich allerdings, welche Teile Europas Juergen Habermas aus eigener Anschauung, das heisst: in ihrem Alltag, kennt. Bestimmt nicht Italien oder Griechenland. Dort wird der Staat von einem Grossteil der Buerger sowohl als Feind wie als Beute begriffen, nicht jedoch als Buerge fuer Freiheit und Gerechtigkeit. Juengst zeigte eine Magazinsendung der ARD griechische Millionaere, die sich und ihr Vermoegen in die Schweiz transferiert hatten. Einer von ihnen erklaerte ganz offen, er halte Investitionen in Griechenland fuer verschwendetes Geld; offen verwundert zeigte er sich ueber die europaeischen Hilfsgelder, die in sein Land fliessen: Nutzlos sei das. Was soll der europaeische Mitbuerger deutscher Herkunft von solchen Mitteilungen halten, und zwar in seinen beiden „Rollenaspekten“? Selbst wenn er angesichts derartiger Frechheiten noch den uebermenschlichen Buergersinn aufbraechte, mit „den Griechen“ solidarisch zu fuehlen, muesste er sich doch sagen, dass die von ihm mitverbuergten Rettungsmillionen vor allem auch die zynische Kapitalflucht der griechischen Oberschicht ausgleichen helfen. Anders gefragt: Wie kann man solidarisch sein mit einer benachbarten Gesellschaft, die in ihrem Inneren ein so erstaunlich offen bekundetes Mass an Unsolidaritaet zeigt? Sicher, man koennte direkt fuer jene Suppenkuechen und Tafeln spenden, die jetzt in Griechenland so bitter noetig werden. Aber auch damit wuerde man ja indirekt nur die Ungerechtigkeiten eines scheiternden Staates subventionieren, dessen Finanzverwaltung offensichtlich gemeinsame Sache mit schwerreichen Steuerraeubern macht. Griechenland hat gar kein Armutsproblem, es hat ein Verschwendungs- und Gerechtigkeitsproblem. Und wenn man wie Habermas beim Kampf gegen den europaeischen „Exekutivfoederalismus“, wie er sich in den von Regierungen beschlossenen und von den Parlamenten nur abgenickten Rettungsschirmen und Hilfspaketen zeigt, auf Buergerteilhabe, „Deliberation“ und Demokratisierung der europaeischen Spitze besteht, dann muss man auch bedenken, was beim europaeischen Publikum Politiker wie Berlusconi und Samaras bewirkten und bewirken. Hier treten Hasardeure auf, die erpresserisch mit dem Wohlstand auch fremder Nationen spielen, weil ihr eigener Einsatz denkbar gering ist. Bezwungen wurden sie bisher nicht durch eine europaeische Oeffentlichkeit, sondern durch den Zwang der Maerkte. Auch die Europaeische Union muesse, so verlangt es nun Habermas, gewaehrleisten, „was das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland die ,Einheitlichkeit der Lebensverhaeltnisse nennt“. Weiss er, was er damit fuer deutsche Ohren ausserhalb des verfassungstheoretischen Ghettos sagt? Schon die Dauersubventionierung der frueheren DDR-Gebiete hat viele Steuerzahler an den Rand ihrer Geduld gebracht, zumal die Erfolge undeutlich sind. Soll dieser Mechanismus, zu dem Italien mit seinen 150 Jahren des vergeblichen Geldtransfers in seinen Sueden reiche Erfahrungen beizusteuern haette, jetzt ernsthaft auf ganz Europa ausgedehnt werden? Doch die Einheitlichkeit der Lebensverhaeltnisse, die eine europaeische Solidaritaet ueberhaupt erst moeglich macht, muesste ja vor allem in annaehernd gleichen, naemlich gleich hohen Standards an Rechtssicherheit und Vertragstreue bestehen. Die Versuche, mit Hilfe der Rettungspakete auch rechtsstaatliche Bedingungen fuer Subventionen und produktives Wirtschaften zu „implementieren“ (um es auf Habermasisch zu sagen) folgen ja nicht nur dem „Imperativ der Maerkte“. Weniges ersehnen ganz normale Griechen und Italiener so wie eine Justiz, die wenigstens auf dem Niveau der deutschen arbeiten wuerde. Seit jeher konnte der Auslandsdeutsche in Italien von seinen dortigen europaeischen Mitbuergern hoeren: Wenn unser Staat sich so um uns kuemmern wuerde wie der eure, dann wuerden wir auch gern Steuern zahlen! Anders gesagt: Die europaeische Buergersolidaritaet verlangt vielleicht weniger ein gleich hohes Wohlstandsniveau als vielmehr fuer alle gleichermassen verbindliche Spielregeln, und zwar nicht nur verfassungspolitisch oder zwischen Regierungen, sondern vor allem im Alltag, vor Ort. Die Europaeer aber sind da nicht so sehr durch eine oft populistische Medienberichterstattung laengst skeptisch geworden; sie sind selbst hinreichend mobil, um eigene Erfahrungen mit den Rechts- und Sozialstaaten der Nachbarn zu machen. Auch als Auslandsstudent oder Tourist, gar als Unternehmer kann man ja in die Lage kommen, eine italienische Behoerde (und zwar ohne den beruehmten „Onkel im Ministerium“), eine Polizeistation oder ein Gericht in Anspruch nehmen zu muessen. Im Uebrigen scheint Habermas den Sachzwangcharakter der Staatsschuldenkrise immer noch stark zu unterschaetzen. In einer verraeterischen Fussnote zitiert er einen FAZ-Artikel vom letzten August, in dem die Kosten der vier Strategien zur Ueberwindung der Staatsschuldenkrise diskutiert werden, die sich, so Habermas, „noch anbieten“: erstens Verringerung der Staatsausgaben, zweitens Steuererhoehungen, drittens Einstellung des Schuldendienstes und Schuldennachlaesse, viertens Inflationspolitik. Potztausend, was fuer eine Einsicht! Das sind exakt die Moeglichkeiten, die sich bieten, seit ueberhaupt Schulden gemacht werden. Nur dass der Privatmann, der zwar Kosten senken, Einnahmen erhoehen und bankrottgehen mag, in der Regel keine Inflation in Gang setzen kann. Schulden kommen ja nicht von ungefaehr oder von selbst, gar durch den „Imperativ der Maerkte“ (sondern eher durch den Imperativ von Wahlen), und sie lassen sich, jedenfalls unter nicht-alttestamentarischen Bedingungen auch nicht einfach streichen. Offenbar ist Habermas wie wir alle viel zu sehr Kind eines einzigartigen saekularen Aufschwungs, um die Dramatik des generationenlangen Schuldenmachens recht ernst zu nehmen. Selbst wenn man dem Traum anarchistischer Finanzmarktkritiker nachgeben, alle Staatsschulden streichen und auf Neustart gehen wuerde, muesste dies zu einer Austeritaetspolitik fuehren, im Vergleich zu der alle Sparauflagen des IWF harmlos waeren. Nach einem solchen Schnitt und dem dadurch ausgeloesten Zusammenbruch wuerde kein Staat mehr anderes Geld bekommen als das, das er dann unverzueglich und rabiat direkt bei seinen ebenfalls weithin verarmten Buergern einzutreiben haette. Die deutsche Regierung, die inzwischen den letzten verlaesslichen Anker fuer die europaeische Waehrungsarchitektur in Haenden zu halten scheint, steht vor einer ziemlich schrecklichen Entscheidung: Sie muss etwas garantieren, wofuer sie vorerst selbst keine anderen Garantien erhaelt als das Wort von Politikern aus Staaten von erprobter Vertragsbruechigkeit. Und das soll sie dann ihren eigenen Buergern schmackhaft machen. Eine staerkere Beanspruchung der beiden zwiespaeltigen „Rollenaspekte“ in der europaeischen Buergeridentitaet laesst sich kaum ausdenken. Zumal, wenn man die tief im deutschen Gedaechtnis verankerten Erfahrungen von Inflation und Vermoegensverlust im 20. Jahrhundert bedenkt. Und wir, die Buerger, sind auf diese Krise ja nicht vorbereitet worden. Sie ueberfiel uns aus dem Subsystem Finanzwirtschaft, in dem sich kaum ein normaler Arbeitnehmer und Sparer auskennt und ueber dessen Mechanismen auch von Fachleuten die widerspruechlichsten Ansichten geaeussert werden. Man idealisiert die Deutschen wohl nicht, wenn man ihnen selbst in dieser Lage noch ein hohes Mass an europaeischer Solidaritaet zutraut; aber was sie von ihrer Regierung auch erwarten duerfen, ist aeusserste Umsicht. Wenn die vielleicht unabweisbare Vergemeinschaftung der europaeischen Schulden nicht zu einem neuen Sprengsatz des Voelkerhasses werden soll, darf sie nicht in Form von Blankoschecks kommen. Denn wer garantiert, dass bei Nachlassen des aeusseren Drucks nicht wieder ein Berlusconi aus der Kulisse tritt?...